

Kurzbericht aus dem Kreistag September bis Dezember 2015

Haushalt: zum 1. Mal widersetzt sich die CDU nicht dem Antrag der Verwaltung auf moderate Erhöhung des Hebesatzes für die Kreisumlage (2014: 32, 98; 2015: 33,00; 2016: 35,21). Die Kreisumlage ist wichtigste Einnahmequelle des Landkreises. Flüchtlingsbedingte Mehraufwendungen im Ergebnishaushalt mit den erforderlichen Investitionen für Flüchtlinge führen zur Notwendigkeit einer Neuverschuldung in Höhe von 33,6 Mio € AUSSCHLIEßLICH flüchtlingsbedingt, also „erzwungene Neuverschuldung“.

Daher stimmt die grüne Fraktion im Gegensatz zum letzten Jahr dem Haushalt zu (ein paar Freie Wähler und die FDP stimmen mit nein), auch um keinesfalls das Signal auszusenden, dass die Grüne Fraktion die Mehrausgaben für die Flüchtlinge NICHT mitträgt bzw. unterstützt.

Wahl der Landrätin am 21.12.2015:

48 Ja (2007: 56)

15 Nein (2007: 6)

4 Enthaltungen (2007: 5)

Kontaktstelle Frau und Beruf: möchte ihre Arbeit auf den Landkreis erweitern, dafür bräuchte sie die Aufstockung einer Stelle von 50% auf 100%, das Landratsamt unterstützte dieses Ansinnen (es gab einen „letter of intent“ = Absichtserklärung, die Kontaktstellenerweiterung finanziell zu unterstützen, vorbehaltlich der Kreistagsentscheidung).

Die Grünen unterstützen den Antrag, da die Gleichstellung von Frauen auch auf dem Arbeitsmarkt ein urgrünes Anliegen ist und diese gerade im ländlichen Raum noch ganz besonderer Unterstützung bedarf. Die Kontaktstelle Frau und Beruf setzt sich für die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben ein. Sie bietet eine umfassende, ganzheitliche, neutrale Beratung von Frauen mit ganz speziellem Blick für Frauenthematiken an und macht viel Lobbyarbeit für Frauen in Gremien.

Die Ausweitung der Arbeit auf den ländlichen Raum würde externe Beratungen vor Ort ermöglichen, Firmenbesichtigungen und andere Kooperationsveranstaltungen mit Firmen, Frauennetzwerke auf dem Land könnten gegründet werden (einen Existenzgründerinnenverteiler gibt's bisher nur in Freiburg).

Die Diskussion wurde in der Sitzung vom 14. Dezember abgewürgt, Abstimmung dagegen mit Stimmen der CDU und Teilen der anderen Parteien (außer Grüne natürlich). Meinem spontanen Antrag, das Thema MIT Diskussion wieder auf die Tagesordnung zu setzen, wurde von der Landrätin stattgegeben.

Biosphärengebiet: Der Vertrag wurde am 4. Januar von Minister Alexander Bonde in Bernau unterzeichnet: 28 Gemeinden sind drin aus den Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach und Waldshut sowie die Stadt Freiburg.

Gesamtfläche: 63.236 Hektar

vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald beteiligte Gemeinden: Horben, Hinterzarten, Oberried und Schluchsee

Das Biosphärengebiet soll Modellregion für nachhaltige Entwicklung in Sachen Landschaftsnutzung, Ökologie, Tourismus und Regionalmarketing werden.

Im Dezember hat der Kreistag Breisgau-HSW mit Stimmen der CDU, der FW und der FDP die Beteiligung an einem Fonds für's Biosphärengebiet mit 8000 € jährlich abgelehnt und hat damit zusätzliche Fördermittel für die Landkreisgemeinden verhindert:

Die Grundfinanzierung wird in ersten 3 Jahren komplett, danach zu 70% vom Land

getragen, die restlichen 60.000 müssen dann die Kommunen aufbringen. Zahlen sie in den ersten drei Jahren ihren Anteil dennoch, gibt das Land noch einmal den gleichen Betrag hinzu: So stünden 360.000 € mehr an Fördermitteln zur Verfügung. Freiburg (3000 €) und Lörrach (33.000 €) feste Zusagen, Waldshut (16.000 €) nur unter dem Vorbehalt, dass der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald auch zahlt. Das ist Wahlkampf auf Kosten der Kommunen, die CDU gönnt der Region nichts, was Rückschlüsse auf die gute Arbeit der Landesregierung und unseres Abgeordneten Reinhold Pix geben könnte! Ebenso wenig gönnt sie es Walter Krögner, dem Kandidaten der SPD, im Regierungspräsidium zuständig für das Biosphärengebiet. Die 4 „abgehängten“ Gemeinden wollen nun eventuell das Geld selbst aufbringen.

Resolution an die Bundesregierung, Landesregierung, Bundestags- und Landtagsabgeordneten mit Bezug zum Landkreis **zur Änderung des Bundeswaldgesetzes** 11/15:

Das Bundeskartellamt hat die gemeinsame Vermarktung von Holz aus dem Staats-, Kommunal- und Privatwald in Baden-Württemberg untersagt, das Land geht rechtlich dagegen vor.

Die Resolution dringt darauf, die Gemeinwohlverpflichtung der Waldbewirtschaftung als auch die bisher bewährten Organisationsformen rechtssicher zu verankern statt bewährte Forststrukturen zu zerschlagen.

Kreisrat Wider tritt im Juli aus der AfD-Gruppe aus und im August in die FDP-Gruppe ein. Damit bleibt AfD mit (nur noch) 2 Mitgliedern eine Gruppe, die FDP ist mit nun 4 Mitgliedern eine Fraktion.

Fall Alessio

Am 20.10.2015 gab es einen Zwischenbericht vom Gutachter Herrn Dr. Kindler, in dem er fünf Problempunkte benannt hat. Diese hier auszuführen, würde den Rahmen sprengen, bei persönlicher Nachfrage aber gerne. Die Verwaltung sagte am 22. Oktober zu, erste direkt umsetzbare Maßnahmen zu ergreifen, die eingeleitet wurden, z.B. soll ab sofort in Kinderschutzfällen immer eine Leitungskraft an den Besprechungen teilnehmen.

Am 02.02.2016 wird dem „Begleitausschuss Fall Alessio“ gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss in öffentlicher Sitzung die Endfassung des Gutachtens von Dr. Kindler vorgestellt.

Antrag zur Gründung eines Arbeitskreises Sozialticket
gestellt im Dezember, kommt in nächster Kreistagssitzung

Silke Eisfeld, Kreisrätin